



Jugend im Fokus der Politik

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt für den Zeitraum zwischen 2015-2018 seine Jugendpolitik in Form einer Jugendstrategie neu auf. Umgesetzt wird die Strategie durch die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (ehemals Zentrum Eigenständige Jugendpolitik) in Berlin. Verschiedene Modellprojekte mit dem Ziel, die Strukturen zur Beteiligung und Berücksichtigung junger Menschen nachhaltig zu sichern, werden im Rahmen der Jugendstrategie gefördert. Grundsätze und Handlungsstrategien sollen sowohl bundesweit als auch besonders auf kommunaler Ebene zur Anwendung kommen. Einzelvorhaben sind z. B. der Jugend-Check als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument für jugendgerechte Politik.

Auch auf EU-Ebene laufen zeitgleich Bestrebungen, Jugendliche stärker zu berücksichtigen. Die EU-Jugendstrategie wurde im Jahr 2009 durch die Jugendminister/-innen der EU-Mitgliedstaaten unter dem Titel „Erneuerter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU 2010-2018“ beschlossen. In Deutschland konzentrieren sich Bund und Länder bei der Umsetzung auf folgende drei Handlungsfelder:

- Partizipation fördern und Demokratie stärken
- Soziale Integration und gelingende Übergänge in die Arbeitswelt
- Anerkennung und Sichtbarmachung des nicht-formalen und informellen Lernens in der Jugendarbeit.

Eigenständige Jugendpolitik

Die „Eigenständige Jugendpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland stellt die Interessen und Belange junger Menschen im Alter von 12-27 Jahren in den Mittelpunkt jeglicher politischen Fragestellungen und Handlungen. Bereits im Koalitionsvertrag hat sich die aktuelle Regierung dazu verpflichtet, diese besondere Lebensphase stärker zu berücksichtigen und in Entscheidungen gezielt einzubeziehen; dies soll ressortübergreifend geschehen. Der politische Ansatz ist in die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 des Bundesjugendministeriums integriert. Um die jungen Menschen in ihrer Lebenswelt zu erreichen, nimmt die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle ein.

Für die Realisierung dieses Vorhabens bestehen bereits einzelne Initiativen auf Länderebene in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Das Projekt „Jugendgerechte Kommune“ soll ebenfalls dazu beitragen. Über die im Oktober 2014 gegründete Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ finden die Belange der Heranwachsenden überdies auch in der Demografiestrategie der Bundesregierung Berücksichtigung.

Grundsätze und Ziele einer Eigenständigen Jugendpolitik:

- Eigenständige Jugendpolitik betrachtet die Lebensphase Jugend als Ganzes statt sie in isolierte Teilaspekte zu zerlegen.
- Eigenständige Jugendpolitik ist Politik für alle Jugendlichen, indem sie heterogene Lebensentwürfe berücksichtigt und respektiert sowie Förderung und Unterstützung für benachteiligte Jugendliche ermöglicht.
- Eigenständige Jugendpolitik rückt die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Mittelpunkt und befördert zugleich ein positives Bild von Jugend, indem sie Potenziale von Jugendlichen sichtbar macht und ihre Leistungen anerkennt.
- Eigenständige Jugendpolitik fördert nachhaltige Jugendbeteiligung, denn junge Menschen können ernstzunehmende Inhalte und Positionen in Gestaltungsprozesse einbringen und ihre Perspektive kann nicht durch die Erwachsener ersetzt werden.
- Eigenständige Jugendpolitik wirbt für Freiräume, um Jugendlichen Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung zu geben. Jugendliche benötigen akzeptierte Auszeiten sowie die Gelegenheit, sich ihre Umgebung anzueignen und sie mitzugestalten.
- Eigenständige Jugendpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe, die eine Kooperation sowohl zwischen relevanten Politikfeldern (insbesondere den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt, Familie, Inneres, Gesundheit, Wirtschaft, Verbraucherschutz sowie Verkehr/Bau/Stadtentwicklung) als auch zwischen verschiedenen Ebenen der Politik (lokal, regional, national und europäisch) erfordert.
- Eigenständige Jugendpolitik treibt jugendpolitische Reformen voran, indem sie gesetzliche Vorgaben und Rechtsansprüche auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.
- Eigenständige Jugendpolitik hat eine europäische Dimension, denn die Lebensbedingungen von Jugendlichen werden von politischen Entscheidungen beeinflusst, die auf EU-Ebene oder auch in anderen Ländern getroffen werden.

Jugend-Check

Mit dem Jugend-Check soll ein Instrument entwickelt werden, welches politische Vorhaben und Gesetzesentwürfe hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Lebenssituation junger Menschen prüft. Nachfolgend kann festgestellt werden, ob und in welcher Weise eine Beteiligung von Jugendvertreter/-innen an der weiteren Ausarbeitung bzw. Gestaltung notwendig ist. Zugleich dient der Jugend-Check auf diese Weise der Sensibilisierung für die Belange von Jugendlichen im gesellschaftlichen und politischen Kontext. Konkrete Kriterien und Indikatoren werden im Rahmen von Workshops ausgearbeitet und sind bis spätestens Herbst 2017 zu erwarten. Der Jugend-Check wird vonseiten des Bundesjugendministeriums in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundesjugendring, dem Bundesjugendkuratorium, dem Deutschen Jugendinstitut, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ erarbeitet.

Jugendgerechte Kommune

Praktische Umsetzung findet die Jugendstrategie auch im Rahmen einer Prozessbegleitung in 16 Kommunen. In jedem Bundesland wurde dazu eine sog. Referenzgemeinde ausgewählt, von kleinen Dörfern bis hin zur Großstadt ist alles vertreten. Die Referenzgemeinden haben im Jahr 2016 die Aufgabe, eine Ist-Stand-Analyse vor Ort durchzuführen. Nachfolgend sollen sie daraus Ziele für ihre Kommune im Hinblick auf „Jugendgerechtigkeit“ ableiten und deren Umsetzungsprozess planen. Die Zielsetzung soll maßgeblich durch die Jugendlichen der jeweiligen Kommunen initiiert und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der Politik erarbeitet werden. Über drei Jahre hinweg werden die Referenzgemeinden dabei von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ begleitet. Das Projekt, dessen Auftaktveranstaltung im Februar 2016 in Berlin stattfand, dient der Erprobung, Weiterentwicklung und der Etablierung von Mitgestaltungsmöglichkeiten junger Menschen in kommunalen Fragestellungen und Strukturen. In diesem Zusammenhang nimmt auch der Austausch unter den Gemeinden einen wichtigen Stellenwert in der Weiterentwicklung von jugendgerechten Beteiligungsformen ein. Die Erfahrungen der Referenzgemeinden sollen im Rahmen einer Zwischenbilanz 2017 und abschließend im Sommer 2018 als Ergebnisse zur Verfügung stehen. ■ Anna Schöps

Weiterführende Informationen unter: www.jugendgerecht.de

Argumente und Empfehlungen für eine jugendgerechte Demografiepolitik in ländlichen Räumen

Sarah Beierle

Das von 2013 bis Februar 2016 vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführte und von der „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“ geförderte Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ setzte sich mit möglichen jugendpolitischen Handlungsoptionen im Umgang mit den demografischen Herausforderungen in ländlichen Räumen auseinander. Junge Menschen wurden bezüglich ihrer Lebenssituation befragt und aus ihren Aussagen Handlungsfelder mit entsprechenden Empfehlungen abgeleitet.

„Aufwachsen auf dem Land“ – für Viele klingt das nach Idylle, nach Weite und Natur. Andere wiederum denken an überalterte Dörfer, Perspektivlosigkeit und Ohnmacht. Selten wird jedoch die Bevölkerung zu ihren Lebensrealitäten befragt und noch seltener wird die Gruppe der dort aufwachsenden Jugendlichen in den Blick genommen. Die Bedeutsamkeit von jungen Menschen für die Vitalität einer Region liegt auf der Hand. Jedoch scheinen junge Menschen hinsichtlich der Frage, inwieweit sie für sich eine Zukunft in ländlichen Räumen sehen, durch Abwanderung eine Abstimmung mit den Füßen durchzuführen, mit weitreichenden Konsequenzen für die demografische Entwicklung in den betroffenen Regionen.

Fünf ostdeutsche und drei westdeutsche strukturschwache Landkreise wurden dahingehend analysiert, wie sie mit einem geringen Bevölkerungsanteil junger Menschen strategisch umgehen und was dies für die Jugendlichen selbst und ihr Aufwachsen bedeutet. Hierbei wurden Dokumente, die sich mit Jugend und Politik bzw. demografischem Wandel beschäftigen, analysiert und verschiedene Entscheidungsträger/-innen zur jugendpolitischen Situation in den Landkreisen befragt. Die Perspektive der Jugendlichen wurde durch Gruppendiskussionen in den acht Untersuchungsregionen erhoben. Projektbegleitend

fanden fünf Veranstaltungen mit jugendpolitischen Akteuren der Kreis-, Landes- und Bundesebene statt, in denen die Zwischenergebnisse diskutiert und Empfehlungen für eine „jugendgerechte Demografiepolitik“ erarbeitet wurden.

Damit liefert das Projekt empirische und handlungsorientierte Hinweise für die „Demografiestrategie des Bundes“ und deren Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ sowie für die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018 und die darunter gefasste „Eigständige Jugendpolitik“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

Aus den Aussagen der Jugendlichen ließen sich drei Handlungsfelder ableiten; Mobilität bzw. Erreichbarkeit sowie Internetzugang stellten sich dabei als Querschnittsthemen heraus.

Handlungsfeld „Freizeitgestaltung“

Lange Fahrzeiten zu Bildungsorten sowie der Besuch von Ganztagschulen führen für viele Jugendliche in ländlichen Räumen zu stark verdichteten Tagesabläufen. Die Öffnungszeiten der professionell betreuten Freizeitangebote für Jugendliche (z. B. Jugendzentren) korrespondieren in den untersuchten Regionen oftmals nicht mit den frei gestalt-

baren Zeiten der Jugendlichen. Zugleich werden viele Angebote von den Jugendlichen als uninteressant eingeschätzt. Auch das Repertoire an Vereinen und Verbänden zur Freizeitbetätigung ist eingeschränkt. Für Jugendliche interessante kommerzielle Angebote wie bspw. Kino haben sich meist aus der Fläche zurückgezogen. Somit finden die Jugendlichen in ihrem sozialen Nahraum kaum Orte, an denen sie sich jenseits von institutionellen Strukturen treffen und austauschen können und an denen sie auf eine hinreichend große Anzahl von Peers treffen, wodurch das Angebot erst interessant wird.

Ein weiteres Problem ist die oftmals mit einem hohen Kosten- und Zeitaufwand verbundene Erreichbarkeit der noch verbleibenden Einrichtungen. Vielerorts ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) an den Schülertransport gebunden, wodurch der letzte Bus nach Schulschluss fährt. Somit kann der Schulort nicht für Freizeitaktivitäten nach der Unterrichtszeit genutzt werden. Die Nutzbarkeit virtueller

Sarah Beierle

Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle

Tel. (0345) 68 178 - 21

beierle@dji.de

www.dji.de/jugendimblick

* Siehe Beitrag S. 29 in diesem Heft.



Mehr Unabhängigkeit von den Eltern dank sicherer Radwege

Treff- und Freizeiträume wie Facebook oder WhatsApp ist aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit einer schnellen mobilen Internetverbindung (LTE) vielerorts stark eingeschränkt. Oftmals bietet nur die Breitbandverbindung im Elternhaus eine ausreichend gute und stabile Internetverbindung, allerdings ist auch diese trotz deutlicher Verbesserungen im Breitbandausbau nicht für alle Jugendlichen verfügbar.

Doch nicht alle Jugendlichen im ländlichen Raum fühlen sich beim Zugang zu Freizeitangeboten gleichermaßen benachteiligt. Faktoren wie Fahrdienste durch Familie und Freunde sowie zur Verfügung stehende finanzielle Mittel spielen hier eine bedeutende Rolle. Bei Jugendlichen, die die erwünschten Freizeitangebote nicht erreichen, drückt sich die Benachteiligung oftmals in einer relativen Deprivation gegenüber anderen Gruppen wie Migranten, Senioren oder auch finanziell bessergestellten Jugendlichen aus. Intergenerationelle Interessengegensätze treten jedoch bei der Thematisierung von Flüchtlingen u. U. in den Hintergrund. Einzelne Jugendliche argumentierten, dass das Wohl und die An-

gebote für Kinder und Senioren gestärkt werden sollten und das Geld nicht für Asylbewerberunterbringungen ausgegeben werden sollte. Dieser plötzliche Wechsel hin zur Vertretung von Kinder- und Senioreninteressen könnte möglicherweise damit zusammenhängen, dass die Jugendlichen eine ablehnende Haltung ihres Umfeldes (z. B. des Elternhauses) gegenüber Asylsuchenden verinnerlicht haben und diese wortgetreu weitertransportieren.

Handlungsempfehlungen

- Durch den Zugang zu kostenfreien Breitband-Internet-Hotspots in jedem Dorf und jedem Schulbus kann der nichtkommerzielle Zugang zu medialen Inhalten von Jugendlichen sowie deren Teilhabe an alterstypischen Kommunikationsbeziehungen in sozialen Netzwerken enorm verbessert werden.
- Die Stärkung der nichtmotorisierten Individualmobilität von Jugendlichen durch sichere Radwege in die nächsten Unter- und Mittelzentren ist entscheidend, um unabhängiger von Fahrdienstleistungen der Eltern und vom meist ausgedünnten ÖPNV zu werden.
- Vereine im ländlichen Raum brauchen eine finanzielle Förderung, um Kindern und Jugendlichen Fahrdienste anbieten können.
- Auf Grund des geringen Zeitbudgets der Jugendlichen bedarf es Freizeitangeboten, die vor Ort schnell zu erreichen sind. Gerade am Wochenende sollte auch der Zugang zu zentralen Jugendeinrichtungen gefördert werden. Hierzu müssten die Öffnungszeiten der Einrichtungen deutlich erweitert und durch die Abstimmung mit dem ÖPNV Erreichbarkeiten abgesichert werden.
- Schulen als zentraler Aufenthaltsort sollten Aufenthaltsräume für Schüler/-innen bereitstellen. Auch Räumlichkeiten von Kirchen, Vereinen sowie kommunalen Gebäuden sollten für die selbstorganisierte Freizeitgestaltung von Jugendlichen geöffnet werden.
- Eine Intensivierung der interkulturellen Jugendarbeit, die sowohl die Belange von Jugendlichen, die aus den Regionen stammen, als auch die Belange von jungen Flüchtlingen berücksichtigt, sollte angestrebt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die beiden Gruppierungen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um dies zu verhindern, bedarf es sowohl zielgruppenspezifischer als auch gemeinsamer Angebote.

Handlungsfeld „Jugendliche Belange und Jugendpartizipation“

Durch Partizipation erleben die Jugendlichen ihre Lebenswelt als gestaltbar, können Ohnmachtsgefühle überwinden und ihre Lebensqualität eigenständig erhöhen. Die mitgestaltende

Teilhabe Jugendlicher an öffentlichen Angelegenheiten sorgt idealerweise dafür, dass sich politische Entscheidungsträger intensiver mit den Positionen von Jugendlichen auseinandersetzen und deren Belange im politischen Entscheidungsprozess eine stärkere Berücksichtigung finden. Die befragten Jugendlichen fühlen sich mit ihren Belangen allerdings kaum in politischen Entscheidungen berücksichtigt. Es wurden lediglich Erfahrungen mit repräsentativer Beteiligung (Schülervertretung) oder punktueller Beteiligung (Befragung) und vereinzelt alltägliche Erfahrungen (Jugendclub) geschildert. Die Erfahrungen bezogen sich dabei am stärksten auf den Bereich Schule und nur selten auf Regionalplanung oder Lokalpolitik.

Politische Akteure deuten die oftmals geringen Teilnehmerzahlen von Jugendlichen an etablierten politischen Beteiligungsformen als generelles Desinteresse. Die Ursachen hierfür sind jedoch vielschichtiger. Häufig sind diese Partizipationsmöglichkeiten sehr abstrakt und werden durch die Jugendlichen nicht als Mitbestimmungsgremien wahrgenommen – auch, weil die diskutierten Themen vorgegeben werden und ein Engagement ohne greifbare Ergebnisse bleibt. Hinzu kommen hohe Partizipationskosten (Fahrkosten, Zeit) sowie das Dilemma, dass eine Beteiligung an langwierigen Entscheidungsprozessen ihnen selbst meist nicht mehr zugutekommt und somit aus Nutzenabwägungen als irrational erscheint. Vielfach wird die anfängliche Partizipationsmotivation von jungen Menschen auch enttäuscht. Absichtsbekundungen seitens der Politik werden nicht umgesetzt, was zu einer Verdrossenheit gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und dem eigenen Engagement führt.

Handlungsempfehlungen

- Um Jugendliche über die Möglichkeiten der Mitgestaltung und Förderungen zu informieren, kann eine Koordinierungsstelle hilfreich sein, welche durch einen Jugendbeauftragten betreut wird. Dieser kann die Jugendlichen bei der Vertretung ihrer Interessen unterstützen und als Vermittler zwischen Jugendlichen und Verwaltung bzw. Politik agieren.
- Jugendgerechte Partizipationsansätze sollten sich auf einen möglichst konkreten Anlass bzw. Gegenstand beziehen, der für die Lebenswelt der jungen Menschen von Bedeutung ist. Abwechslung, Spontanität und Originalität sowie schnelle und greifbare Erfolgserlebnisse und eine reale Machtbeteiligung erscheinen hierbei als attraktive Faktoren.
- Des Weiteren können Modelle wie z. B. E-Democracy und die Abfederung von Partizipationskosten als Ansatz für mehr Jugendbeteiligung genutzt werden. Ebenso wird empfohlen, Funktion und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen Schüler/-innen und Lehrer/-innen stärker bewusst zu machen sowie demokratische Beteiligung auch außerhalb gewählter Gremien in den verschiedensten Alltagsbereichen zu etablieren.

Handlungsfeld „Schule und berufliche Perspektiven“

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist in ländlichen Räumen meist zugleich mit der Entscheidung zu gehen oder zu bleiben verknüpft. Diese ist ein Abwägungsprozess hinsichtlich der individuellen Bedeutsamkeit der sozialen und kulturellen Angebotslage, der Einschätzung der



Internet-Zugang u. a. auch durch Hot-Spots in Schulbussen

eigenen Lebensqualität sowie der angenommenen Bildungsperspektiven.

Maßgeblich sind zunächst die in Bezug auf die persönlichen Berufspräferenzen lokal wahrgenommenen Ausbildungsperspektiven. Die Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung vor Ort werden jedoch von vielen Jugendlichen deutlich unterschätzt. Dabei beruht die schlechte Bewertung der Bildungschancen in der Region nicht mehr auf einem generellen Fehlen von Ausbildungsplätzen. Vielmehr werden das niedrigere Gehaltsniveau und die schlechte Erreichbarkeit von Ausbildungsstelle und/oder Berufsschule bemängelt. Auch Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten werden als sehr beschränkt eingeschätzt. Zudem können dem stark angestiegenen Anteil Jugendlicher mit Hoch-



Mangelnde Transparenz der regionalen Unternehmenslandschaft erschwert es Jugendlichen, passenden Ausbildungsbetriebe zu finden.

schulreife keine weiterführenden Bildungsangebote im Hochschulbereich geboten werden. Die duale Ausbildung wird von Abiturient/-innen weiterhin als Sackgasse gesehen, die eine weitere berufliche Karriere ausschließt.

Nichtsdestoweniger zeigte sich in der Befragung, dass ein durchaus beachtlicher Anteil Jugendlicher beabsichtigt, in der Region zu bleiben. Häufig wird jedoch mit Blick auf geringere Mobilitätskosten (Zeit, Geld) und ein größeres soziales und kulturelles Angebot ein Umzug zum nächsten Mittelzentrum angestrebt.

Handlungsempfehlungen

- Anlaufstellen zur Bildungsberatung sollen Jugendliche und junge Erwachsene mit Bleibe- oder Rückkehrabsichten hinsichtlich der Ausbildungs- und Arbeitsoptionen im Landkreis informieren. Darüber hinaus sollten solche Informationen auch auf einem Online-Portal zugänglich sein, in Kombina-

tion mit Informationen zu Freizeitmöglichkeiten, um die Nutzungshäufigkeit und Bekanntheit der Portale zu erhöhen.

- Im Rahmen der Berufsorientierung können die Jugendlichen speziell über die lokale Betriebs- und Unternehmenslandschaft informiert werden, bspw. auch durch Peer-Mentoren direkt an den Schulen. Zudem sollten Eltern als wichtigste Ansprechpartner der Jugendlichen in Fragen der beruflichen Orientierung stärker in die Berufsorientierung eingebunden werden.
- Eine Steigerung der Attraktivität von dualen Ausbildungsberufen in Hinblick auf Erreichbarkeit, Entlohnung und Entwicklungsmöglichkeiten kann für diese Ausbildungsform Anreize schaffen. Die Bildungslandschaft einer Region könnte durch die Errichtung von Außenstellen von Hochschulen, durch online-Lehrveranstaltungen nach Vorbild der „Virtual-

len Akademie Nachhaltigkeit“ oder durch die Zusammenarbeit von Hochschulen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen im Ganzen gestärkt werden.

Ausblick

Angesichts der verschiedenen Ressorts, die mit Angelegenheiten von Jugendlichen bzw. den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst sind, ist es unabdingbar, ihren Belangen querschnittlich Rechnung zu tragen und die jugendbezogene intersektorale Zusammenarbeit zu intensivieren. So sind nicht nur in der Jugendhilfe und Schulentwicklung die Interessen und Partizipationsbedürfnisse Jugendlicher zu berücksichtigen, sondern auch bspw. in den Handlungsfeldern der Raumplanung, der Wirtschaftsförderung oder des Kulturbereichs. Insgesamt muss es gerade in ländlichen Räumen mit großen demografischen Herausforderungen darum gehen, eine intergenerationelle und intersektorale Dialogkultur zu etablieren, welche die Belange von Jugendlichen ernst nimmt.

Aus Sicht der jugendpolitischen Akteure der lokalen Ebene sind die Bedürfnisse Jugendlicher kaum im Bewusstsein politischer Handelnder außerhalb des Jugendbereichs verankert. Durch die angespannte Haushaltslage und eine Unterfinanzierung des Jugendbereichs wird der Jugendpolitik in vielen der Untersuchungslandkreise zu wenig Beachtung zuteil. Um einer Jugendgerechtigkeit in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen, bedarf es Richtungsvorgaben und langfristig angelegter Unterstützungsmaßnahmen, die zwischen Bund, Landes- und Kreisebene abgestimmt sind, sowie einer ebensolchen intersektoralen Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene. ■

Berufliche Zukunft in der eigenen Region

Gudrun Tänzler

Die Internetplattform „Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich einen Überblick über die Unternehmen und das Angebot an Ausbildungs- und Praktikumsplätzen in der Altmark zu verschaffen. Ziel des Projektes ist es, so einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Region zu leisten.

Die Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt gehört mit 43 Einwohnern pro km² zu den am dünnsten besiedelten Räumen in Deutschland. Noch immer verlassen mehr Menschen die Region, als zuziehen. Infolgedessen ist für die Betriebe die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter ein großes Problem. Vor allem junge Menschen richten auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ihren Blick eher auf die benachbarten Bundesländer, z. T. auch, weil sie wenig Überblick über den regionalen Arbeitsmarkt haben.¹ Aus diesem Grund hat der Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. ein Internetportal aufgebaut, das erstmals einen Großteil aller regionalen, ausbildenden Unternehmen und ihre freien Ausbildungsplätze erfasst. Verlinkungen zu Berufsbildern (u. a. auch zur Seite BERUFENET der Bundesagentur für Arbeit) und zum Angebot regionaler Bildungseinrichtungen tragen dazu bei, dass das Portal weit über einen reinen Stellenmarkt hinausgeht und von den Schülerinnen und Schülern auch zur Berufsinformation genutzt werden kann.²

Seit dem 15. März 2013 können Schüler und Ausbildungsunternehmen das Portal www.jungekoepfe.info nutzen. Der ständige Kontakt mit den Sekundarschulen der Region macht es möglich, dass alle Schülerinnen und Schüler die Internetseite kennen und an-



Foto: G. Tänzler

Informationstag an einer Sekundarschule

wenden können. Zzt. präsentieren sich auf der Seite 339 Unternehmen mit insgesamt 574 freien Ausbildungsplätzen. Besonders die landwirtschaftlichen Betriebe der Region profitieren von der Präsenz auf dem Internetportal, da nur die wenigsten von ihnen einen eigenen Internetauftritt haben bzw. nicht einmal im örtlichen Telefonbuch zu finden sind.

Aufgrund der selbstverständlichen Nutzung von Internet und Social Media seitens der aktuellen Schülergenerationen wurde die Website bereits zu Projektbeginn mit einer sog. Fanseite von Facebook kombiniert. Dort werden Schülerinnen und Schüler über relevante News und Veranstaltungen informiert und haben die Möglichkeit, direkt mit dem Projektteam in Kontakt zu treten.

„Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ hat mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region Altmark erreicht und ist

von der Angebotspalette der regionalen Berufsorientierung nicht mehr weg zu denken. Mit dem Ende der Projektförderung konnte das Portal zwar nicht mehr fortlaufend aktualisiert werden, nichtsdestoweniger behält es seinen Informationswert bzgl. der regionalen Unternehmenslandschaft, der Berufsprofile und Kontaktmöglichkeiten zu den gelisteten Betrieben bei. Von den Unternehmen wurde das Portal hinsichtlich seines Nutzens durchweg positiv bewertet und sie sind bereit, den Fortbestand der Website über das Projektende hinaus zu unterstützen. Dazu werden gegenwärtig verschiedene Optionen geprüft. ■

Gudrun Tänzler

Projektleiterin, Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V., Salzwedel

Tel. (03901) 30 149-16

taenzler@vfb-saw.de

¹ Vgl. auch die Anmerkungen der DJI-Studie „Jugend im Blick“ zu diesem Thema. S. Artikel in diesem Heft, S. 31.

² „Junge Köpfe – Karriere in der Altmark“ war Sonderprojekt des Modellvorhabens LandZukunft des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Shell Jugendstudie:

Fokus auf das Hier und Jetzt

Prof. Dr. Gudrun Quenzel

Jugendliche wachsen heute in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft auf, die vom technologischen und sozialen Wandel geprägt ist. Sie stehen vor der Herausforderung, in dieser sich wandelnden und sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft eine stabile Persönlichkeit herauszubilden. Angesichts der Vielfalt an Handlungsanforderungen und Handlungsalternativen ist dies keine einfache Aufgabe – wie die 17. Shell Jugendstudie vom Oktober 2015 herausarbeitet.

Viele Ergebnisse sind für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen relevant, etwaige Unterschiede sind hier eher marginal:

- Jugendliche sind heute leistungsbereit; materielle Sicherheit und der Fokus auf das Hier und Jetzt sind ihnen wichtig.
- Mehrheitlich haben Jugendliche das Gefühl, weder große Planungssicherheit für die persönliche Lebensgestaltung noch für die Veränderung der Gesellschaft zu haben.
- Um sich möglichst gut für die als unsicher empfundene Zukunft aufzustellen, sind Jugendliche mehrheitlich bereit, viel Zeit in ihre Bildung zu investieren.
- Neben einer möglichst hohen Bildung sind für Jugendliche vertrauensvolle Freunde und eine Familie, die Geborgenheit schenkt, zentrale Ressourcen für die Zukunft.
- Wir beobachten, dass sich Jugendliche seit einigen Jahren wieder verstärkt für Politik zu interessieren beginnen.

Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Bildung kommt im Leben der Jugendlichen eine Schlüsselrolle zu, das gilt für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen. Nur mit einem hinreichenden Schulabschluss ist es aus Sicht der meisten Jugendlichen möglich, ihre oft ehrgeizigen beruflichen Wünsche zu verwirklichen. Ihre Bildungsaspirationen gehen vielfach deutlich über den Schulabschluss hinaus, der in der Schulform angeboten wird, die sie besuchen.

Gerade dem Angebot an weiterführenden Schulen auf dem Land kommt deshalb eine wichtige Rolle zu. Denn inzwischen strebt mehr als jeder Zweite (55 %) das Abitur oder die fachgebundene Hochschulreife an. Ganz anders betrachten Jugendliche den Hauptschulabschluss, den nur noch 8 % von ihnen erwerben wollen. Im Jahr 2002 waren es noch 14 %. Damit setzt sich der Trend steigender Bildungsaspirationen ungebrochen fort. In Großstädten wie Hamburg und Frankfurt hat dieser Trend inzwischen dazu geführt, dass mehr als 50 % eines Jahrganges das Gymnasium besuchen; für ländliche Gebiete mögen die Vergleichszahlen nicht ganz so hoch sein, aber der Trend gilt hier ebenso.

Die Relevanz des Schulabschlusses für das weitere Leben zeigt sich dabei deutlich in den Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt. So sind mehr als die Hälfte (54 %) der Jugendlichen, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben, zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ist mehr als ein Fünftel (22 %) arbeits- oder erwerbslos, von denjenigen mit Realschulabschluss nicht ganz ein Sechstel (14 %) und bei den Abiturientinnen und Abiturienten weniger als ein Zehntel (7 %). Die Höhe der Jugenderwerbslosigkeit in den ländlichen Gebieten ist dabei sehr unterschiedlich. In Oberbayern und Schwaben liegt sie bspw. deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, in vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns hingegen deutlich darüber.

Soziale Spaltung nimmt zu

Mit zunehmender Sorge beobachten wir seit der Shell Jugendstudie 2002, dass ein Teil der Jugendlichen mit den steigenden Anforderungen unter den gegenwärtigen Bedingungen offenbar nicht mithalten kann. Vor allem bei den Jugendlichen auf den in einigen Bundesländern noch bestehenden Hauptschulen macht sich in den letzten Jahren zunehmend das Gefühl breit, dass „gut“ nie „gut genug“ sein wird und dass sie den hohen und auch noch permanent steigenden schulischen und beruflichen Anforderungen nicht genügen können. Ihre sinkenden Zufriedenheitswerte deuten darauf hin, dass sie immer weniger das Gefühl haben, ihre – ohnehin



Prof. Dr. Gudrun Quenzel

Technische Universität Dortmund
gudrun.quenzel@tu-dortmund.de

moderaten – beruflichen Wünsche verwirklichen zu können und sich zunehmend als abgehängt von der gesellschaftlichen Entwicklung wahrnehmen.

Diese Jugendlichen machen in den Shell Jugendstudien seit 2002 durchgehend (und je nach genau angelegtem Kriterium) etwa 15 % aus. Dass ihr Anteil nicht größer wird, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Schere zwischen diesen Jugendlichen und der großen Mehrheit, der es insgesamt gut geht, immer weiter öffnet und diese Gruppe Jugendlicher dadurch immer weiter abgehängt wird. Wie hoch der Anteil in den einzelnen Regionen ist, hängt dabei stark mit dem regionalen Arbeitsmarkt zusammen.

Familie hoch im Kurs

Neben der Bildung steht die Familie bei Jugendlichen hoch im Kurs. Noch nie haben sich Jugendliche so gut mit ihren Eltern verstanden wie heute. Dies gilt für Jugendliche in Stadt und Land gleichermaßen. Die große Mehrheit hat liberale, liebevolle und unterstützende Eltern, von denen sie Anerkennung bekommen und an die sie sich bei Problemen aller Art vertrauensvoll wenden. Mehr als 90 % der Jugendlichen geben an, ein gutes Verhältnis zu ihren eigenen Eltern zu haben, und immerhin 74 % sagen, sie würden ihre eigenen Kinder genauso oder ungefähr so erziehen, wie sie selbst erzogen wurden.

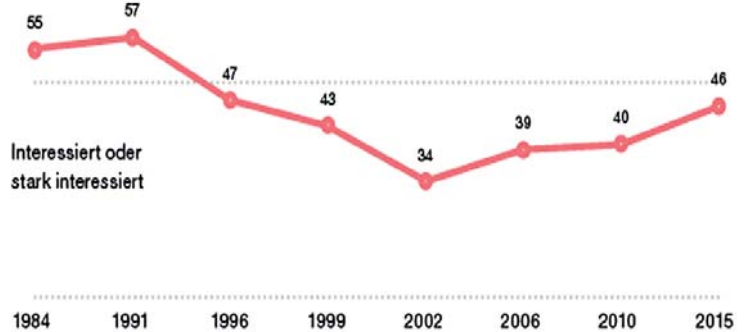
Demgegenüber messen Jugendliche einer potenziellen eigenen Familie immer weniger Bedeutung zu. Nur noch 63 % der Jugendlichen halten eine eigene Familie für erforderlich, um glücklich zu sein – 2010 waren es noch 76 %. Junge Leute meinen auch zunehmend seltener, dass man eigene Kinder für sein Lebensglück braucht (41 % 2015 nach 43 % 2010). Bei Jugendlichen aus dem ländlichen Raum ist die Bedeutung von Kindern für das Lebensglück besonders stark zurückgegangen (35 % 2015 nach 46 % 2010). Auch der Wunsch nach eigenen Kindern ging von Jugendlichen auf dem Land von 72 % im Jahr 2010 auf 64 % im Jahr 2015 besonders deutlich zurück. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Rückgang vorübergehend ist.

Das Interesse an Gesellschaft und Politik nimmt zu

Seit einigen Jahren beobachten wir, dass sich Jugendliche in Stadt und Land wieder mehr für Politik interessieren. Dieses Interesse war nach einer Hochphase der 1980er und Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zurückgegangen (s. Abb. 1).

Viele Jungen und Mädchen hegen große Sorgen vor Krieg und vor Terroranschlägen und reagieren damit auf die Veränderungen der Weltlage in der jüngsten

Abbildung 1: Politisches Interesse steigt wieder an
Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren (Angaben in %)



Quelle: Shell Jugendstudie 2015

Vergangenheit. Sie nehmen wahr, dass Deutschland ein bedeutender Akteur in der internationalen Politik ist und weltweit und insbesondere in Europa auch eine besondere Verantwortung übernehmen muss. Dies aber mit einer deutlichen Präferenz dafür, dass Deutschland, vor allem auch eingedenk seiner besonderen moralischen Verantwortung angesichts der eigenen Geschichte, als „Zivilmacht“ auftritt. Militärische Engagements in der Welt stoßen bei den Jugendlichen eher auf geringe Zustimmung.

Da das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der politischen Parteien und anderer Interessenvertretungen gering bleibt, liegt die Vermutung nahe, dass sich das gestiegene politische Interesse nicht unmittelbar in einem erhöhten politischen Engagement niederschlagen wird – zumindest nicht in den etablierten Parteien und Interessenvertretungen. Nichtsdestoweniger haben sich fast sechs von zehn Jugendlichen schon einmal an einer oder mehreren politischen Aktivitäten beteiligt wie bspw. dem Boykott von Waren aus politischen Gründen und dem Unterzeichnen von Petitionen, wobei Online-Petitionen beliebter sind als Unterschriftenlisten. Jeder Vierte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen und jeder Zehnte engagiert sich in einer Bürgerinitiative. ■

Die 17. Shell Jugendstudie ist im Fischer Taschenbuch Verlag unter dem Titel „Jugend 2015“ erschienen. ISBN 978-3-596-03401-7, 19,99 €.

Eine Zusammenfassung der Studie kann auf der Seite www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015/multimedia.html heruntergeladen werden.



„Ich bleib erst mal hier.“

Entwicklung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit in Landgemeinden

Stefan Lenz und Klaus Farin

Land – Provinz – Kleinstadt ist für viele Junge das, wo man weg will, dahin, wo das wilde Leben pulsiert, in die Großstadt. Wo Punk, Techno, HipHop und andere lebendige Szenen, Kulturen und Subkulturen blühen – je nach Geschmack, Style, politischer und musikalischer Orientierung für jeden etwas. Land bedeutet Saufen, Schützen- und Karnevalsvereine, Trachtenkapellen und Fußball, den gibt's überall. Aber richtige Szenen? Aus zwei Punks im Dorf wird bestenfalls eine Skatrunde, wenn sie noch einen dritten Verrückten finden, aber niemals eine wirkliche Szene. Land ist das, wo man unverschuldet herkam, bevor das eigentliche Leben begann. Land bedeutet: Ich will hier raus!

Die Landflucht der Jungen hat oft ganz prosaische Gründe: Universitäten findet man nun einmal in ländlichen Regionen eher selten. Überhaupt: Die beruflichen Perspektiven – die Chance, beruflich vorwärtszukommen, geschweige denn, einen Beruf zu finden, den man Jahrzehnte ausüben möchte – sind auf dem Land eher dünn gesät.

Soziale Kontrolle in Landgemeinden bietet auch soziale Wärme

Trotzdem wandern nicht alle Jungen ab. Viele, weil sie es sich schlicht nicht leisten können, weil sie nicht zu der von zu Hause gut bestückten Bildungs- und Kulturelite ihrer Region gehören, andere, weil sie es nicht wollen. Es ist ja auch nicht so, dass alle darunter leiden, dass jeder und jede im Dorf sie kennt und jeden ihrer Schritte begleiten. Dass Rollenveränderungen eigentlich nicht vorgesehen sind. Für viele übersetzt sich die engmaschige soziale Kontrolle in Landgemeinden mit sozialer Wärme, füreinander da sein, familiäre Intimität statt gesichtsloser Anonymität. Wir erleben gerade eine Renaissance des Regionalpatriotismus auch unter Jugendlichen. „Heimatliebe“ zu zeigen und auszuleben ist auch für viele Junge

außerhalb von Bayern heute nicht mehr peinlich, nicht mehr „rechts“ und „nationalistisch“, sondern Teil ihrer Alltagskultur und Identitätssuche. Das Dorf als Hort der Sicherheit, als Ruhepol inmitten einer sich global immer schneller, unüberschaubarer und vor allem unbeeinflussbar verändernden Welt. „Hier ist die Welt noch in Ordnung.“

Traditionelle Angebote auf dem Prüfstand

Ist sie das wirklich? Gelingt es Dörfern und Landgemeinden wirklich noch, die Welt draußen zu halten? Wollen sie das überhaupt, vor allem die Jungen, auch die, die gerne in ihrem Dorf und in ihrer Landgemeinde leben? Aktuelle Beobachtungen zeigen eher, dass Veränderungen, die DIE Jugend in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, zwar in den Städten sichtbarer zutage treten, aber auch auf dem Land stattfanden und weiter stattfinden. Freiwillige Feuerwehren, kirchliche und andere Jugendgruppen und -verbände, sogar Karnevals- und Schützenvereine klagen vielerorts über Nachwuchsmangel. Traditionen erodieren. Auch Jugendliche, die gerne in Landgemeinden leben, schließen sich nicht mehr automatisch den Jugendgruppen und Vereinen ihrer Eltern und Großeltern an. Sondern sie prüfen kritisch: Was bringt MIR das, wenn ich mich dort engagiere? Sinn und Spaß, nicht Pflichtbewusstsein motivieren Jugendliche zu Engagement. Auf dem Land nicht anders als in der Stadt. Werde ich dort, wo ich mich einbringe, akzeptiert, so wie ich bin? Auch in meiner Andersartigkeit als Jugendliche/-r, was Sprache, Mode, Musik u. a. Elemente meines Stils angeht? Kann ich von Anfang an nicht nur mitarbeiten, sondern auch mitbestimmen? Ist das Ziel unverrückbar festgeschrieben oder habe ich noch Einfluss darauf? Ist das Ziel überhaupt erreichbar, in einem absehbaren Zeitraum, nicht erst für die nächste Generation? Ist der Weg zum Ziel spannend, aufregend, eine Herausforderung für mich?



Foto: K. Zander

Stefan Lenz

Geschäftsführender
Vorsitzender
Postillion e.V.

stefan.lenz@postillion.org

www.postillion.org

Klaus Farin

freier Autor, Lehrbeauftragter und Vortragsreisender in Schulen und Hochschulen, Jugendklubs und Justizvollzugsanstalten, Akademien und Unternehmen. Vorsitzender der Stiftung Respekt – Die Stiftung zur Förderung von jugendkultureller Vielfalt und Toleranz, Forschung und Bildung, Berlin

klaus.farin@jugendkulturen.de

klausfarin.de



Foto: K. Farin

Wird dort nur geredet, geredet, geredet oder auch gehandelt? Sind die Menschen, mit denen ich mich engagiere, nett, cool, interessant? Kann ich mir vorstellen, mit ihnen nicht nur im Verein etc. zusammenzukommen, sondern auch ganz privat eine Party zu feiern und mehr? Finde ich bei meinem Engagement vielleicht sogar nicht nur neue Freunde, sondern auch eine feste Beziehung?

Landgemeinden und -organisationen werden sich den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen müssen

Spaß und Sinn müssen eine Einheit bilden, will man Jugendliche motivieren, sich zu engagieren, sich an eine Gruppe zu binden, sei es auch nur auf Zeit. Das bedeutet: wirkliche Partizipation, die Möglichkeit eines Engagements auf Zeit, Ganzheitlichkeit (Kopf und Körper werden beansprucht), möglichst flache Hierarchien, kreative Herausforderungen, Respekt. Die Jugendlichen fordern dies explizit eher selten – sie stimmen mit den Füßen ab und bleiben den Angeboten, die sich ihnen nicht zumindest ein wenig anpassen, einfach fern. Landgemeinden und dort beheimatete Organisationen werden sich den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen müssen, wollen sie nicht zur jugendfreien Zone werden.

Modell „Regionale Jugendstudie“

Und das bedeutet zunächst, diese Bedürfnisse auch zu kennen. Das Archiv der Jugendkulturen, Berlin, entwickelte deshalb in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerinstitutionen das Modell einer regionalen Jugendstudie, auf deren Basis gezieltes und nachhaltiges politisches und pädagogisches Handeln möglich ist. Die Besonderheit der Studie liegt darin, dass die Jugendlichen selbst aktiv eingebunden werden: Sie werden nicht nur befragt, sondern entwickeln in verschiedenen Settings eigene Ideen, Wünsche und Positionen. Sie erkennen dabei, dass die Erwachsenenwelt sich für ihre Perspektive interessiert und ihre Partizipation ausdrücklich erwünscht ist. Insofern ist es die Zielgruppe selbst, die bei der Entwicklung und Implementierung neuer Methoden mitwirkt. Identifikation – mit der Schule, dem Jugendhaus, der Gemeinde – entsteht letztlich nur durch Teilhabe und die Erfahrung von Respekt.

Nach einem ersten Durchlauf in Waldshut-Tiengen 2013 wird das Projekt seit 2014 in acht Städten und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis umgesetzt. Partner und Träger des Projektes vor Ort ist der anerkannte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe Postillion e.V. Er ist Träger von zahlreichen Kindertageseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte, Kernzeitbetreuungs-

angebote) im Rhein-Neckar-Kreis und betreibt dort zudem Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit im Auftrag der jeweiligen Kommune. Darüber hinaus bietet der Verein Schulsozialarbeit sowie ambulante erzieherische Hilfen für das Kreisjugendamt Rhein-Neckar an. Derzeit beschäftigt Postillion e.V. 400 Mitarbeiter/-innen.

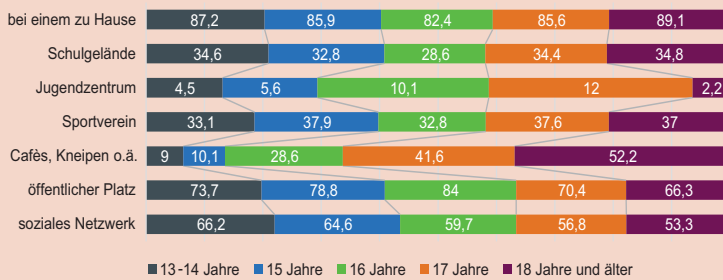
Mit Mobiler Jugendarbeit flexibler auf Bedürfnisse Jugendlicher eingehen

Die Offene Jugendarbeit des Postillion e.V. bot bisher vor allem eine sog. Komm-Struktur an, d. h. Jugendliche mussten den Weg zu den Angeboten der Jugendarbeit größtenteils selbst finden, auch wenn die Kolleg/-innen durchaus im Gemeinwesen präsent waren. Es konnte oft nur der dominante Teil der Jugendszene aufgefangen werden und gerade diejenigen Jugendlichen fielen durch das Raster der sozialpädagogischen Fachkräfte, die Hilfe und Unterstützung am meisten benötigten. Gleichzeitig machten von uns durchgeführte Sozialraumstudien deutlich, dass Jugendliche sich oftmals von der Erwachsenenwelt ausgegrenzt oder diskriminiert fühlten. Hinzu kam, dass die Kommunalpolitik vor allem darauf fixiert war, dass möglichst viele Arbeitsstunden in die Öffnungszeiten des Jugendhauses gesteckt werden sollten. Jugendliche sollten von den Straßen weg in das Jugendhaus gebracht werden. Einige Kommunalpolitiker „wussten“ immer, was für Jugendliche gut ist und was Jugendliche am besten machen sollten.

Infolge dieser Beobachtungen bzw. von Problemen in der Offenen Jugendarbeit hat der Postillion e.V. 2012 sein System auf Mobile Jugendarbeit umgestellt. Die Umstellung hat sich bewährt, da die Mitarbeiter/-innen der Jugendarbeit sehr viel flexibler auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen können. So können auf der einen Seite im Jugendhaus verstärkt Angebote gemacht werden, aber gleichzeitig kann es auch sein, dass verstärkt auf der Straße gearbeitet wird. Die sozialen Netzwerke haben die Möglichkeiten der Jugendarbeit noch verstärkt, weil Jugendliche in Echtzeit über WhatsApp, SimsMe oder Facebook etc. über aktuelle Angebote und Öffnungszeiten informiert werden können.

Dennoch bleibt die Frage der Legitimation der Jugendarbeit in einem solch offenen System, das versucht, nicht von Erwachsenen den Bedarf von Jugendlichen definieren zu lassen und damit der Jugendarbeit konkrete Arbeitsaufträge zu geben, sondern dies von den Jugendlichen selbst verlangt. Hierzu gibt es sehr gute und brauchbare Methoden der Sozialraumanalyse, die jedoch für unsere Zwecke nicht ausschließlich geeignet sind. Es fehlte bislang an geeigneten Methoden, die Beteiligung von Jugendlichen in der Jugendarbeit nicht

Abbildung: Treffpunkte nach Alter



Quelle: „Ich bleib erst mal hier.“ Jugend in Waldshut-Tiengen.

nur als einmaliges Event, sondern dauerhaft in den Kommunen zu etablieren. Neben Methoden brauchte es auch eine neue Arbeitshaltung der Fachkräfte.

So wandte sich Postillion e.V. an Aktion Mensch und bekam den Zuschlag für eine dreijährige Förderung eines Modellprojektes zur Entwicklung und Implementierung einer bedarfsorientierten Jugendarbeit. In Zusammenarbeit mit dem Archiv der Jugendkulturen e.V., Berlin, und der Universität Essen-Duisburg sowie fachplanerisch unterstützt vom Jugendamt des Rhein-Neckar-Kreises startete das Projekt mit einem groß angelegten Jugendsurvey zu den Bedarfen der ansässigen Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren. Diese Bedarfsabfrage war einmalig und diente der Diskussion mit den Kommunen. Mit Fortbildungen und Exkursionen wurden Veränderungen der Arbeit angestrebt. Im Folgenden werden einzelne (methodische) Verfahrensweisen, auf welche die Mobile Jugendarbeit in der Praxis bisher zurückgreift oder zukünftig zurückgreifen kann, in ihren Potenzialen und Schwierigkeiten genauer erläutert.

Bedürfnisse in Alltagssituationen erkennen

Da sich Mobile Jugendarbeit ohnehin an den Interessen der Jugendlichen orientiert, sind Fachkräfte generell darin geübt, in den Interaktionen mit ihnen genau hinzuhören und die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen wahrzunehmen. Neben dem „professionellen Blick“ auf bestimmende Lebensthemen für Jugendliche verfügen die Fachkräfte über ein geschultes „offenes Ohr“, wodurch die in Äußerungen versteckten Bedürfnisse besonders wahrgenommen und verstanden werden. Professionelles Erkennen der teilweise durch schwierige Lebensrealitäten verdeckten Wünsche und Bedürfnisse zeichnet eine Mobile Jugendarbeit aus und stellt eine zentrale Prämisse einer gelingenden Jugendarbeit dar. Gleichzeitig muss jedoch erwähnt werden, dass diese Form der Erfassung von Bedarfen auch stark von den professionellen Deutungsmustern der Fachkräfte abhängig ist. Auch Fachkräfte sind durch eigene Lebenserfahrungen geprägt und

verfügen dadurch über möglicherweise differente Wissensbestände und damit auch verschiedene Interpretationsmuster.

Gruppendiskussionen und Interviews praktikabel für die Erhebung jugendlicher Bedürfnisse

Gruppendiskussionen stellen eine methodisch gesicherte Möglichkeit dar, jugendliche Bedürfnisse von Cliquen zu erfassen. Die Gruppendiskussionen zielen darauf ab, selbstläufige Gespräche unter den Teilnehmenden anzuregen. Die Diskussionsimpulse sind dabei sehr offen gestaltet, damit Raum für Erzählungen gegeben ist. Dadurch, dass die Interviewer den Relevanzsetzungen der Jugendlichen in ihren Geschichten und Erzählungen folgen, kann die Situation in der Kommune aus jugendspezifischer Sicht gut erfasst werden. Mit der Transkription werden die Ergebnisse einer weiteren Analyse zugänglich. Dies kann bspw. durch ein externes Fachkräfteteam (der Mobilen Jugendarbeit) erfolgen. Positiv zeichnet sich diese Methode dadurch aus, dass sie sich voll und ganz an den Relevanzsetzungen der Jugendlichen orientiert, ohne dabei Spezialkenntnisse der Fachkräfte in qualitativer Sozialforschung vorauszusetzen. Allerdings muss ein Modus gefunden werden, der eine Analyse der Diskussionen ermöglicht, ohne dass dafür immense Zeitressourcen benötigt werden.

Videogestützte Bedarfsanalysen bieten einen breiten Spielraum in der Realisation. So sind Videoprojekte mit Jugendlichen, jugendliche Videostreifzüge durch ihre Kommune oder Videobefragungen auf der Straße denkbar. Erste Videoprojekte in verschiedenen Kommunen zeigen, dass mittels des Mediums Film die konkreten Bedarfslagen der Jugendlichen gut an Entscheidungsträger in Gemeinderäten transportiert werden können, da hier eine authentische und wenig interpretierte Übermittlung jugendlicher Aussagen stattfindet. Videoprojekte bieten eine für die Jugendarbeit praktikable und mannigfaltig einsetzbare Methode, die Ideen und Ausdrucksfähigkeiten von Jugendlichen aufnimmt und sowohl den Fachkräften als auch Entscheidungsträgern zugänglich macht. Nachteilig wirkt sich bei dieser Methode aus, dass die technischen Anforderungen an die Fachkräfte mitunter nicht unerheblich sind.

Onlinegestützte Jugendbefragungen

Auch onlinegestützte Befragungsmethoden stellen eine mögliche Option dar, jugendliche Bedürfnisse zu erfassen. Festgestellt werden muss jedoch, dass bisher keine Erprobung derartiger Erfassungen durchgeführt werden konnte, da entsprechend angepasste Befragungssoftware bisher nicht existiert.

Es handelt sich dabei im Wesentlichen um die elektronische Adaption bestehender Methoden, die computergestützt aufbereitet werden und dadurch leichter über soziale Netzwerke oder Instant-Messaging-Systeme verbreitet werden. Inhaltlich sind sowohl die Erstellung von qualitativen Sozialraumprofilen auf Basis von Stadtkarten als auch reguläre quantitative Bedarfserfassungen denkbar. Onlinebefragungen bedienen sich der Netzwerke, die von Jugendlichen genutzt werden, wodurch mit relativ geringem Aufwand viele Jugendliche erreicht werden. Die Auswertung gestaltet sich durch die direkt digital verfügbaren Ergebnisse ebenfalls einfach, auch wenn abzusehen ist, dass die Entwicklung einer entsprechenden Software vermutlich sehr kostenintensiv ist.

Strukturierte Beteiligung der Jugendlichen im Ort

Viele Jugendliche haben durchaus ein Interesse an den sie betreffenden Zuständen und sind auch bereit, sich für ihre Interessen einzusetzen. Dieses Engagement ist häufig jedoch projektbezogen und an einen abgesteckten und für sie überblickbaren Zeitrahmen gebunden. Hier wiederum sind viele Jugendliche sehr kurzfristig bereit, sich zu engagieren. Genau für jene Jugendlichen, die nicht bestrebt sind, ein über mehrere Jahre bestehendes Wahlamt zu bekleiden, eignen sich folgende Beteiligungsformen:

Baustein 1:

Schaffung einer Öffentlichkeit

Die Mobile Jugendarbeit wird aufgefordert, ein Netzwerk interessierter Jugendlicher zu schaffen. Das ist kein fester Arbeitskreis, sondern erst einmal eine Adressliste (über E-Mail, WhatsApp, SIMSme etc.), so dass ad hoc eine Arbeitsgruppe zu einem Thema entstehen kann. Die Jugendlichen sollen auch über aktuelle Entwicklungen im Ort informiert werden. Jeder Jugendliche soll die Möglichkeit haben, in die Adressliste aufgenommen zu werden.

Baustein 2:

Beteiligungsverfahren durch die Verwaltung

Die Verwaltung verpflichtet sich, bei kommunalpolitischen Themen zu prüfen, ob Jugendliche im Ort angehört werden sollen. Hierbei bieten sich vor allem folgende Themen an:

- öffentlicher Personennahverkehr
- Straßenverkehrsführung/Fußwege
- Schulentwicklungsplanung, Bebauungspläne
- öffentliche Infrastruktur (z. B. Schwimmbad)
- Treffmöglichkeiten (s. Abb.)

Wenn die Verwaltung der Meinung ist, dass Jugendliche sich mit einer Verwaltungsvorlage beschäftigen sollten, erfolgt eine Mitteilung an die Mobile Jugendarbeit, die versucht, Stellungnahmen von Jugendlichen zu erhalten. Alle registrierten Jugendlichen werden angeschrieben und können sich an der Diskussion beteiligen. Hierzu ist eine geschützte Website einzurichten, auf der Jugendliche die Informationen abrufen können.

Baustein 3:

Beteiligungsverfahren auf Wunsch der Jugendlichen

Jugendliche sollen motiviert werden, ihre Interessen in das Gemeinwesen einzubringen. Dadurch kann eine höhere Identifikation mit der Kommune erzielt werden. Sie benötigen dabei jedoch Unterstützung, da kommunalpolitische Entscheidungen in der Regel viel Zeit in Anspruch nehmen und Jugendliche sich meist schnelle Lösungen erhoffen. Daher wird die Mobile Jugendarbeit beauftragt, Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zeitnah zu erfassen und Jugendliche zu motivieren, einen Antrag an die jeweilige Gemeinde zu stellen, der eine Darstellung des Problems und einen Beschlussvorschlag enthält. Dieser Antrag soll in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden, wenn das in der Gemeindeordnung vorgesehene Quorum erreicht wird. Die Verwaltung ist über den Antrag frühzeitig zu informieren und kann in eigener Zuständigkeit den Antrag auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stellen. Ebenso sind die Fraktionen über den Antrag zu informieren.

Zahlreiche weitere Methoden und Möglichkeiten werden im Buch zum Projekt beschrieben. Eine ernsthafte Partizipation von Jugendlichen bedeutet jedenfalls neue Herausforderungen für die Jugendarbeit auf dem Lande, aber auch eine neue, zukunftsweisende Perspektive – nicht zuletzt, damit aus dem „Ich bin dann mal weg“ vieler Jugendlicher vielleicht ein „Ich bleib erst mal hier“ wird. ■

Die Ergebnisse und Praxisberichte aus dem Rhein-Neckar-Kreis erscheinen im Herbst 2016. Ein erster Bericht des Modellprojektes aus Waldshut-Tiengen liegt bereits als Buchveröffentlichung vor: „Ich bleib erst mal hier.“ Jugend in Waldshut-Tiengen. Archiv der Jugendkulturen Verlag 2014 (<http://shop.jugendkulturen.de/publikationen-des-archivs/358-ich-bleib-erst-mal-hier-9783945398036.html>).



Wettaktion jugend.macht.land #jml2015

Der Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL) veranstaltete 2015 die bundesweite Wettaktion #jml2015, bei welcher einzelne Landjugend-Ortsgruppen Wetten mit Akteuren aus Wirtschaft, Politik oder Kultur aushandelten.

Wie auch schon bei anderen Aktionen des BDL (z. B. 72-h-Aktion) waren die Ziele der #jml2015-Aktion, der Landjugend eine Stimme zu geben und ihre Teilhabe an der Mitgestaltung des ländlichen Raums sichtbar zu machen. Auch sollte die Aktion einen Anstoß zum Dialog zwischen der Landjugend und anderen Akteuren schaffen. Die Wettideen waren sehr vielfältig und hatten unterschiedliche Schwerpunkte: Strandkörbe und Bänke wurden gebaut, Blut gespendet, Kartoffeln geschält, Stammzellspender typisiert, Grillplätze und Spielhäuser errichtet, Polka getanzt, Gehsteige saniert, Liebeserklärungen geschrieben und vieles mehr. Im Folgenden werden zwei der Wetten genauer vorgestellt.

Krokusstecken in Zahrendorf

Bereits im Juni 2015 wettete die Landjugendgruppe „Drei Seen“ aus Zahrendorf (Mecklenburg-Vorpommern) mit dem Bürgermeister Alfred Nuklies, dass sie es schaffen würde, auf einer Grünfläche im Ortskern von Zahrendorf 1 200 Krokuszwiebeln zu stecken. Sollte die aus 25 Unterstützer/-innen bestehende Gruppe es schaffen, so wollte der Bürgermeister einen Grillabend spendieren. Am 9.11.2015 wurde die Wette umgesetzt und von der Landjugend gewonnen. Statt der angestrebten 1 200 schafften sie es sogar, 5 000 gespendete Zwiebeln zu stecken.

Wettschwimmen in Dellstedt

Die Landjugendgruppe aus Dellstedt (Schleswig-Holstein) wettete mit den Gemeinden Wrohm, Dellstedt und Süderdorf, dass sie es schaffen würde, im örtlichen Freibad in zwölf Stunden 18 km zu schwimmen. Bei gewonnener Wette wollten die Gemeinden je geschwommener Bahn 25 ct geben. Hätte die Landjugend die Wette verloren, hätte sie auf einer Strecke von 18 km Müll gesammelt. Bereits Ende August 2015 wurde die Wettaktion durchgeführt. Von zwölf Uhr bis Mitternacht schwammen 51 Jugendliche im ständigen Wechsel auf der 25 m langen Bahn. Die Aktion war ein voller Erfolg. Statt der benötigten 720 Bahnen, schafften die Jugendlichen sogar 1 030 und kamen auf eine Strecke von 25,75 km. Dadurch konnten umgerechnet 257,50 € eingenommen werden. Mit der Aktion wollten die Jugendlichen darauf aufmerksam machen, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen. Der eingenommene Betrag ging an die Schwimmlehrausbildung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG).



■ Carolin Schweizerhof

Täglich grüßt das Murmeltier –

KLJB engagiert sich gegen Wiederholung der Flüchtlingsgeschichte

Daniel Steiger



Brennende Flüchtlingsheime, applaudierende Schaulustige, neu eingesetzte Bürgerwehren, Parolen wie „Das Boot ist voll“. Aber auch: Helfende Hände in Flüchtlingsunterkünften, Menschen, die Geflüchtete herzlich willkommen heißen und gegen rechte Strömungen demonstrieren.

All das erinnert mich stark an die 1990er Jahre, als Kriege und Konflikte u. a. auf dem Balkan, in der Türkei, im Nahen Osten und im Kongo wüteten und tausende von Menschen flüchteten. Allein 1992 kamen 440 000 Menschen zu uns nach Deutschland. Mit den Neankömmlingen kamen auch Ängste auf, es fanden Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt. Es kam zu Unruhen, die sich auch in die Politik übertrugen – und die wiederum Politiker/-innen zur Stimmungsmache ausnutzten. Im Dezember 1992 wurde dann als Reaktion auf die aufgeheizte Stimmung und die große Anzahl der Flüchtlinge das Asylrecht eingeschränkt. Heute scheint sich all das zu wiederholen. Bei all unseren Erfahrungen aus der Geschichte frage ich mich dann doch immer wieder: Haben wir denn gar nichts dazugelernt?

KLJB geht auf Geflüchtete zu

Vor zwei Jahren hat die KLJB auf ihrer Bundesversammlung einen wichtigen Beschluss mit dem Titel „Willkommen in Deutschland – Unsere Verantwortung für Asylsuchende“ gefasst. Der Impuls, sich mit dem Thema intensiv zu befassen, kam direkt von der Basis. Der Diözesanverband München und Freising, in dessen Bereich Grenzübergänge zu Österreich liegen, war stark betroffen: Unsere Mitglieder haben vor Ort hautnah das Elend mitbekommen, als die ersten Flüchtlinge über die Grenze kamen. Daraufhin haben sie ihre Gruppenstunden geöffnet und Aktivitäten gestartet, um die jungen Flüchtlinge aufzunehmen und mit ihnen Freizeit zu verbringen.

Das Engagement der KLJB-Diözesan- und Landesverbände zum Thema Flucht ist genauso vielfältig wie die KLJB selbst. Was jedoch alle gemeinsam haben, ist die Offenheit, Freude und Toleranz, auf Flüchtlinge zuzugehen, sie willkommen zu heißen und die Bereitschaft, sie in unserer Mitte aufzunehmen. Bei Schnippeldiskos*, gemeinsamen Wanderungen oder im Theaterstück mit Geflüchteten zeigen KLJB-Jugendliche und junge Erwachsene, was Willkommenskultur wirklich bedeutet. Der Diözesanverband Mainz hat sogar sein KLJB-Haus als Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung gestellt.

Auch politisch reden wir mit und stehen hier für mehr Offenheit, gelebte Toleranz und Nächstenliebe ein. Denn eins ist ganz sicher: Der Flüchtlingszuzug wird so schnell nicht enden. Die Menschen kommen hierher und bleiben fürs Erste hier. Fangen wir also an, eine ernsthafte Integration zu leben und hören wir damit auf, Zäune und Grenzen zu bauen!

Weitere Informationen, Statements und Aktionsvorschläge finden sich im Werkbrief für die Landjugend „Flucht – Zuflucht – Asyl ... auf dem Land“ der Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns e.V., 2015, 9,00 €.



Neben all der Integration, die wichtig und notwendig ist, müssen wir dringend präventive Lösungen suchen und dürfen die Fluchtursachen nicht aus den Augen verlieren. Denn außer Krieg und Terror gibt es auch noch andere Gründe, aus denen Menschen fliehen, auch wenn diese uns vielleicht nicht sofort bewusst sind. Unser übertriebener Konsum trägt dazu bei, dass Menschen in Armut leben, das Klima aufheizt und Menschen ihr Zuhause verlassen müssen, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive mehr haben.

Wir müssen uns ändern. Und unsere Gesellschaft im Ganzen muss sich verändern, weil sie sich zwangsläufig verändern wird. Besser wir gestalten sie mit, als dass es uns über den Kopf wächst. Wir haben gar keine andere Wahl. Unsere Möglichkeiten sind deutlich größer, als viele denken: z. B. durch einen vollständigen Rüstungsexportstopp, durch Fairen Handel und kritischen Konsum statt freie Marktwirtschaft und Wachstumswahn, durch die Rückkehr zu einem wertebasierten Europa.

Die KLJB steht dafür, im Zuwachs unserer Gesellschaft durch Geflüchtete eine große Bereicherung zu sehen. Wir möchten Menschen eine Heimat bieten, die keine Heimat mehr haben und wir sagen zu ihnen: „Herzlich willkommen!“ ■

Daniel Steiger

KLJB-Bundesseelsorger, Kath. Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) e.V., Bad Honnef-Rhöndorf

Tel. (02224) 9465-18
d.steiger@kljb.org facebook.com/KLJBde
www.kljb.org twitter.com/KLJBde



Foto: KLJB-Bundesstelle

* Eine kulinarische Protestaktion gegen die Verschwendung von Lebensmitteln, bei der Gemüse wie zweibeinige Möhren an öffentlichen Plätzen zu Musik und bei guter Laune geschnippelt, verarbeitet und anschließend verzehrt wird.

Jugendliche werden zu Dorfraum-Pionieren

Ingo Schenk

Wenn Jugendliche ihr Dorf kennen und die Möglichkeit erhalten, ihr dortiges Lebensumfeld mitzugestalten, werden sie sich stärker mit dem Dorf verbunden fühlen und auch ihre Zukunft dort sehen. So lautet die Grundidee des Projektes „Dorf-Leben: Qualifizierung Jugendlicher zu Dorfraumpionieren“¹, das das Landesjugendpfarramt der Evangelischen Kirche der Pfalz von 2014 bis 2015 in fünf Dörfern bzw. Kleinstädten² der LEADER-Region Donnersberger Land und Lautrer Land in der Pfalz durchführte.

Ganztagsschule, Freizeitaktivitäten außerhalb des Dorfes sowie Freundeskreise in Sozialen Netzwerken führen immer stärker dazu, dass der unmittelbare Wohn- und Lebensort bei vielen Jugendlichen aus dem Blick gerät – auch bei der eigenen Zukunftsplanung. Hinzu kommt, dass Jugendliche oft kaum in die Dorfgemeinschaft und -politik eingebunden sind und wenig Mitspracherecht genießen. Damit jedoch fehlt ein wesentlicher Anreiz, sich mit dem eigenen Dorf zu identifizieren. Das Projekt soll indes nicht nur die Bindung der Jugendlichen an ihren Heimatort fördern – ihre Erkenntnisse sollen auch der Dorfentwicklung neue Impulse verleihen.

Insgesamt 60 Jugendliche konnten für die Ausbildung zum „Dorfraumpionier“ gewonnen werden. Sie kamen z. T. aus den ausgewählten Orten, z. T. waren es interessierte Jugendliche aus dem Jugendverband Evangelische Jugend Pfalz. Unterstützung und methodisches Rüstzeug erhielten sie u. a. durch zwei mitwirkende Projektbüros³. Mit Hilfe von Dorfbegehungen, Gesprächen mit lokalen Entscheidern und mit den Einwohnern erschlossen sich die Jugendlichen ihre Dörfer und deren „Baustellen“ und erkundeten auch die soziale Struktur der Orte. Sie erstellten umfassende Dorfporträts mit Informationen zu Lage und Geschichte des Ortes, seiner Wirtschafts- und

Infrastruktur sowie den kulturellen und sozialen Angeboten, werteten Statistiken aus und analysierten Außendarstellung und Image des Ortes. Im Anschluss daran entwickelten sie Ideen und Lösungsvorschläge, die sie zusammen mit ihren Dorfanalysen der Dorfförmlichkeit im Rahmen einer Ergebnispräsentation vorstellten. Im Laufe dieses Prozesses lernten sie, ihren Ort nicht nur aus einer reinen Jugendspektive zu sehen. Stattdessen eigneten sie sich einen erweiterten Blick auf den gesamten Dorfraum an und wurden so zu Experten ihrer Dörfer.

In den Analysen kamen Themen wie z. B. Leerstand, Finanzlage, Renovierungstau, Begegnungsorte für die Bevölkerung, Integration von Neubürgern, Kirche, Politik oder das Image des Ortes zur Sprache. Oft attestierten die Teilnehmer/-innen den Orten auch ein fehlendes Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl (Ausnahme Kollweiler), teilweise bedingt durch das Fehlen sozialer Treffpunkte.



Ingo Schenk

Referent für Grundsatzfragen und Organisationsentwicklung, Landesjugendpfarramt der Evangelischen Jugend der Pfalz, Kaiserslautern

Tel. (0631) 3642 - 018
schenk@evangelische-jugend-pfalz.de
www.ev-jugend-pfalz.de

¹ Das Projekt ist eine Weiterentwicklung von „Dorf-Leben“, das von 2010-2013 in drei Dörfern durchgeführt wurde.

² Die Kleinstädte Lauterecken (2 161 Einw.) und Obermoschel (1 058 Einw.) sowie die Dörfer Kollweiler (486 Einw.), Alsenbrück-Langmeil (747 Einw.) und Weilerbach (4 523 Einw.)

³ „Pro-Propincia“, Inh. Albert Herrenknecht, und „Institut für Professionalisierung und Qualifizierung pädagogischer Praxis“, Inh. Prof. Dr. Bernhard Hauptert

Zwei Dinge stellten sich im Verlauf des Projektes sehr schnell heraus:

1. Jugendliche sind sehr an ihrem Heimatort interessiert und möchten ihn mitgestalten.

Die Jugendlichen der beteiligten Orte ließen sich leicht für das Projekt gewinnen. Entgegen vielfacher Skepsis im Hinblick auf ihr Durchhaltevermögen blieben sie bis zum Schluss dabei und arbeiten auch nach dem offiziellen Ende des Projektes an ihren Ideen weiter. Dabei verfolgten sie nicht nur ihre eigenen Interessen. Im Gegenteil achteten sie sehr auf das Leben im Dorf (bspw. auf die Situation alter Menschen) und zahlreiche Vorschläge, die während der Ergebnispräsentationen vorgestellt wurden, zielten auf das Dorf und die Dorfgemeinschaft als Ganzes ab.

2. Das Interesse der Erwachsenen lässt viel mehr zu wünschen übrig als das der Jugendlichen.

Oft fehlte bei den Erwachsenen die Offenheit, sich mit den Ergebnissen der Jugendlichen auseinanderzusetzen und Altherge-

brachtes zu hinterfragen. Das Interesse an dieser Form der Jugendarbeit war selbst bei den hauptamtlich dafür Zuständigen gering. Deutlich trat auch eine Haltung des Nicht-ernst-Nehmens und des fehlenden Respekts gegenüber den Jugendlichen und ihrem Engagement zutage – Letzteres liegt nicht zuletzt im Bild von Jugend auf Seiten der Erwachsenen begründet. Verkrustete Strukturen, stark an Personen geknüpfte Politik (wodurch die Kritik an der Sache zur Kritik an der Person und deshalb vermieden wird) sowie Mentalitäten einer ganzen Region können Neuerungen ebenfalls behindern.

Die Jugendlichen erkannten, dass auch sie sich organisieren müssen, um besser wahr- und ernstgenommen zu werden. Aus diesem Grund schlossen sie sich in Kollweiler zu einer Landjugend-Ortsgruppe zusammen, deren erstes Ziel es ist, einen Jugendraum zu ermöglichen. In Weilerbach gründete sich ein Skaterverein, der in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung einen Skaterpark bauen möchte, um eine „positive“, akzeptierte Jugendkultur zu etablieren. In Alsenbrück-Langmeil erlangte die von den Jugendlichen eingebrachte Idee eines

auf Genossenschaftsbasis geführten Bürgerhauses bei einem Bürgervotum 80%ige Zustimmung. In Lauterecken werden ein Familienforum und ein Wirtschaftsforum geplant, die das Image des Ortes verbessern sollen, während die Jugendlichen in Obermoschel Ideen entwickeln, um etwas gegen die mangelnde Kommunikation und Beteiligung im Ort zu tun.

In Kooperation mit der LEADER-Region Pfälzerwald plus wird das Dorfraum-Pionier-Projekt in der aktuellen Förderperiode für die Region Pirmasens-Pfälzerwald neu beantragt. Zugleich wird eine Weiterführung des Projekts in der LEADER-Region Donnersberger und Lautrer Land beantragt, das nun über einen Zeitraum von 4-5 Jahren laufen soll. Die zuvor als Dorfraum-Pioniere qualifizierten Jugendlichen sollen nun in ihren Orten als „Dorfentwickler“ aktiv werden. Zusätzlich werden neue Dorfraum-Pioniere ausgebildet. Mit Blick auf die regionale Zukunft wird so eine neue Generation ausgebildet, die mit Methoden der Dorfraumanalyse und Dorfentwicklung vertraut ist, im Idealfall ins Dorf zurückkehrt und künftig die lokale Politik und das Dorf mitgestaltet. ■



Was fällt auf? Dorfbegehungen schärfen den Blick auf den Heimatort.



Wo bitte geht's hier zur Partizipation?

Jugend Macht Zukunft unterstützt junge Menschen auf ihrem Weg zu mehr Beteiligung!

Julia Krüger

In Sachsen-Anhalt hat sich der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.* auf seine Agenda geschrieben, das politische Interesse und Engagement der jungen Menschen durch sie selbst stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Jugend Macht Zukunft ist ein Projekt, welches mit vielfältigen Aktionen und Methoden die Partizipationsstrukturen von jungen Menschen in Sachsen-Anhalt stärken, ausbauen und nachhaltig sichern soll.

Mittels verschiedener Projektbausteine greift Jugend Macht Zukunft die unterschiedlichen Interessen und Bedarfe junger Menschen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalt auf. Ziel ist es, jungen Menschen das Handwerkszeug mitzugeben, für sich und ihre Bedürfnisse sowie Forderungen einzutreten. Im Rahmen von Jugend Macht Zukunft können Kinder und Jugendliche als Junge Zukunftsgestalter/-innen direkt mitgestalten, sich informieren sowie über ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in all ihren Lebensbereichen diskutieren und selbst Partizipationsprozesse vor Ort anstoßen.

Mikroprojekte stärken Mitbestimmung

Zur Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstorganisation können junge Menschen ihre Ideen in eigenen Mikroprojekten umsetzen. In den Mikroprojekten diskutieren Kinder und Jugendliche unter 27 Jahren über die Chancen und Möglichkeiten von Mitbestimmung oder leben auch direkt

Partizipation. Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. erhält von der Stiftung Demokratische Jugend Fördermittel, die er dafür einsetzt, junge Menschen mit einem Zuschuss von bis zu 200 € pro Projekt zu unterstützen. So nahmen im Jahr 2015 in 50 Mikroprojekten junge Menschen ihre Mitbestimmung selbst in die Hand. Bspw. besuchten junge Menschen aus dem ländlichen Raum eine Unterkunft für Geflüchtete und trafen dort auf Kinder und Jugendliche, kamen mit den jungen Geflüchteten ins Gespräch und überlegten anschließend, wie sie sich aktiv für eine gemeinsame Willkommenskultur vor Ort einsetzen können. Sie erarbeiteten dazu erste Konzepte zu Probeausbildungen in helfenden Jugendverbänden, die sie gemeinsam mit jungen Geflüchteten durchführen könnten.

Mit den ebenfalls von der Stiftung Demokratische Jugend geförderten Beteiligungstaschen mit Informationsmaterial unterbreitet Jugend Macht Zukunft gezielt ein niedrigschwelliges Angebot, das junge Menschen proaktiv dazu anregt, sich selbstständig über ihre Lebenssituation, Interessen und Bedarfe Gedanken zu machen und diese anschließend nach außen zu tragen und sich so in gesellschaftliche Prozesse einzumischen. Die Taschen bieten eine inhaltliche und methodische Bereicherung der alltäglichen Arbeit in Jugendverbänden, Jugendclubs, Schulklassen und Jugendgruppen vor Ort.



Die Beteiligungstaschen bieten praxisorientierte Anregungen für Partizipation.

In den verschiedenen Projektbausteinen von Jugend Macht Zukunft machen junge Menschen aus ganz Sachsen-Anhalt immer wieder deutlich, dass sie bereit sind, sich für ihre Interessen stark zu machen und Verantwortung zu übernehmen. ■

Mehr Informationen zu dem Projekt Jugend Macht Zukunft gibt es unter www.JugendMachtZukunft.de

und bei Facebook www.facebook.com/Jugend.Macht.



Julia Krüger

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.,
Magdeburg

Tel. (0391) 535 394 80
info@kjr-lsa.de
www.kjr-lsa.de

* Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. ist die Arbeitsgemeinschaft der landesweit aktiven Jugendverbände sowie der Kinder- und Jugendringe der Landkreise und kreisfreien Städte.